



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

37. Sitzung (öffentlich)

13. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:36 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen	6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7534

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
37. Sitzung (öffentlich)

13.03.2024
sd

2 Lebensmittelanbau hochhinaus – Ausbau von Vertical Farming in NRW erleichtern **7**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6369

Ausschussprotokoll 18/480 (Anhörung am 29.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird auf Bitte der FDP-Fraktion verschoben.

**3 Agrobiodiversität und Identität stärken – heimische und alte Nutztier-
rassen erhalten – lokale Kulturlandschaften pflegen** **8**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6372

Ausschussprotokoll 18/489 (Anhörung am 01.02.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

**4 Digitale Kompetenz von Seniorinnen und Senioren stärken – Teilhabe
am gesellschaftlichen Leben im Alter sichern!** **11**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8123

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
37. Sitzung (öffentlich)

13.03.2024

sd

- 5 Wie schützt die Landesregierung Verbraucherinnen und Verbraucher vor intransparenten und überzogenen Fernwärme-Kosten? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])** **12**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2255

– Wortbeiträge

- 6 Umsetzung und Überprüfung der Gewerbeabfallverordnung (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2360 (Neudruck)

– Wortbeiträge

- 7 Tierheime am Limit – wie unterstützt das Land bei der Katzenkastration? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2353

– Wortbeiträge

- 8 Nationalpark 2: Wie kommt die Suche voran? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **20**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2361

– Wortbeiträge

- 9 Verschiedenes** **29**

3 Agrobiodiversität und Identität stärken – heimische und alte Nutzierrassen erhalten – lokale Kulturlandschaften pflegen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6372

Ausschussprotokoll 18/489 (Anhörung am 01.02.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Zacharias Schalley (AfD) führt aus, er geniere sich nicht, die Landesregierung zu loben, wenn die Maßnahmen, die sie mache, gut seien. Das sei im bundesweiten Vergleich bei alten und bedrohten Nutzierrassen in NRW sicherlich der Fall. Jedoch seien in der Anhörung einige Punkte aufgezeigt worden, bei denen es Verbesserungs- und Nachsteuerungsbedarf gebe. Zunächst sei das Thema Wolfsschutz zu nennen. Das falsch angefasste Wolfsmanagement führe zum Beispiel zur Bedrohung geförderter und bedrohter Schafsrassen, wie Frau Feldmann von der GEH (Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen) betont habe.

Ein zweiter Punkt sei das Thema Vermarktung und Identität. Hier sei das Beispiel aus Spanien genannt worden, wo es ein extra Label für autochthone Rassen gebe, mit dem Vermarktungsmöglichkeiten gefördert würden, was für NRW sicherlich auch im Sinne der Halter und der Wirtschaftlichkeit der Haltung richtig wäre.

Zu guter Letzt vielleicht das Thema, das der Sachverständige Herr Günzel vom Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter (BDRG) angesprochen habe. Das Thema „Kleinvieh“ tauche bisher in der Förderkulisse gar nicht auf. Die Anhörung habe ergeben, dass es nicht sinnvoll sei, eine Tierpauschale zu zahlen, wie es vielleicht bei den größeren Nutzierrassen möglich sei. Zum Beispiel wäre die Führung eines Herd- oder Zuchtbuches oder auch die Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit der Verbände, die Kleinvieh hielten und die bestimmte Rassen, wie Herr Günzel sagte, wieder auf Vordermann bringen wollten, eine unterstützungswürdige Maßnahme.

Noch eine Anmerkung zum Thema „Standortangepasstheit“: In dem Antrag werde angeregt, in bestimmten Gebietskulissen die Förderung regionsspezifischer Rassen in den Fokus zu nehmen. Es sei bemerkenswert und logisch: Wenn man die Standortangepasstheit auf einem Gebiet suche, lande man bei den regionsspezifischen Rassen. Der Antrag sei inhaltlich konsistent. Er werbe hier noch mal um Zustimmung zu dem Antrag.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, Herr Schalley habe jetzt geschickt einige positive Ansätze hervorgebracht, die allerdings nicht auf den Antrag zurückzuführen seien, außer dem Umstand, dass der Ausschuss über Agrobiodiversität ganz allgemein diskutiert habe.

Ein regelmäßiges landesspezifische Monitoring, das die AfD fordere, sei als nicht erforderlich angesehen worden. Landesverantwortungsarten, gemeint seien Rassen, habe

auch keiner befürwortet. Im Rahmen der Großschutzgebiete die Haltung alter Nutztier-
rassen in den durch sie mitgeprägten Kulturlandschaften zu fördern: Da habe man
sehr schnell darstellen können, dass die Entwicklung der Landschaften sich nicht an
der Entwicklung von einzelnen Tierrassen, die zum Einsatz kämen, darstellen lasse.

Mit Blick auf die Aspekte, die in dem Antrag ausgeblendet würden, könne man sagen:
Was den Bestand von alten Haustierrassen angehe, sei es bei Weitem nicht so, dass
der Wolf irgendeine Art bei uns gefährden könnte. Er könne Schafe reißen, er könne
Ziegen reißen, aber er könne keine Landrasse gefährden, weil in der entsprechenden
Samenbank immer noch entsprechende Reserven da seien. Das werde vielleicht den
einen oder anderen Halter treffen, der auch bei den seltenen Haustierrassen dann
darüber nachdenke, die Haltung aufzugeben. Aber das sei deutlich von der Debatte
zu trennen, die man hier angesichts der Verringerung der Agrobiodiversität führen
wolle.

Wenn er die wesentlichen Dinge des Antrags nehme, sei der Schuss mit Schrot in den
Himmel etwas, was nicht viel habe herunterfallen lassen. Insofern könne man es kurz
machen und den Antrag ablehnen. Es sei gut gewesen, mit den Experten zu diskutie-
ren. Aber da sei Antrag maximal Anlass gewesen, aber keine Grundlage.

Norwich Rüße (GRÜNE) kann sich dem Vorredner unmittelbar anschließen. Die An-
hörung habe sehr klar und sehr eindeutig ergeben, dass Nordrhein Westfalen – da
habe es breites Lob gegeben – bei der Förderung alter Haustierrassen führend sei und
wirklich sehr viel mache. Besonders hervorgehoben sei der Punkt, dass man sich in
Nordrhein-Westfalen nicht nur darauf beschränke, die im Ursprung hier ansässigen
Rassen zu erhalten, sondern auch die Förderung von Populationen betreibe, die ei-
gentlich gar nicht in Nordrhein Westfalen vorkämen, wo man aber eine Gesamtverant-
wortung übernehme.

Und die Anhörung sei aus seiner Sicht so klar, so deutlich gewesen, dass man aus ihr
heraus auch sehr gut begründen könne, den Antrag abzulehnen. Das heiße natürlich
nicht, dass es in dem Bereich gar nichts zu tun gäbe. An Problemen wie Vermarktung,
wo auch die Halter dieser Tiere abhängig seien, dezentralen Strukturen usw. werde
man weiter arbeiten müssen. Aber die Kernpunkte des Antrags sind aus Sicht seiner
Fraktion mit der Anhörung vollständig erledigt.

Inge Blask (SPD) merkt an, an der Stelle habe man eine Menge hanebüchener Ideen
zur Identität von Nutztierassen gehört, die viele der eigentlichen Probleme der Züchter
verkennen würden und vor allem die Dinge der bereits bestehenden Förderstrukturen
nicht angemessen berücksichtigten. Ihre Fraktion werde deshalb den Antrag ablehnen.

Dietmar Brockes (FDP) verweist auf die sehr gute und interessante Anhörung, die
aber auch deutlich gemacht habe, dass es dieser Antragsinitiative der AfD gar nicht
bedürfe. Seit Bestehen der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustier-
rassen sei in Deutschland keine Nutztierrasse mehr ausgestorben.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
37. Sitzung (öffentlich)

13.03.2024
sd

Was die Förderung in NRW angehe, das haben Herr Schalley gerade selbst gesagt, so sei diese hervorragend. Insofern kann er den Antrag nur ablehnen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

